

Ein Neubeginn? Zur Rekonstruktion der Österreichischen Sozialdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg

Wenn wir uns der SPÖ des Jahres 1945 annähern wollen, müssen wir in der Geschichte noch ein ganzes Stück weiter zurück gehen, bis in die 1890er Jahre. Damals entstand nach dem Einigungsparteitag von Hainfeld 1889/90 die Sozialdemokratie als erste cisleithanische Massenpartei modernen Typs. Und als eine Partei, die sich in mehreren wichtigen Punkten frühzeitig von den meisten ihrer europäischen Schwesterparteien unterschied.

- Im Unterschied zu den meisten anderen europäischen Sozialdemokratien war die österreichische Partei kein politischer Ableger einer bestehenden Gewerkschaftsbewegung. In Österreich vollzog sich das exakte Gegenteil dieser „üblichen“ Gründungsgeschichte, hier gründete nicht eine Gewerkschaft eine Partei, sondern eine Partei eine Gewerkschaft. Der Primat der Partei über die Gewerkschaftsbewegung war international zwar nicht gänzlich ein Alleinstellungsmerkmal, aber doch eine rare Ausnahmerecheinung und prägte die Partei bis zu ihrer Zerschlagung 1934.
- In ihren Forderungen konzentrierte sich die Partei unter Victor Adler auf die Forderung nach Teilhabe am bestehenden

Staatswesen – auf die Einführung des Allgemeinen Wahlrechtes also – und ergänzte diese um die Forderung nach dem 8-Stunden-Tag. Beides war nur durch einen langen, zähen außerparlamentarischen Kampf zu erreichen, der mit dem klassischen Instrumentarium heutiger NGOs geführt wurde. Man hatte daher weder kurzfristige Verbesserungen für die eigene Anhängerschaft vorzuweisen, noch konnte man ihrer Not ein Ventil bieten. Es bedurfte also alternativer Mechanismen der Klientelbindung. Diese bestand vor allem in einem vielfältigen lebensweltlichem Angebot in Form von Freizeit- und Kulturvereinen, frühzeitig auch in emotionalen Bindungen durch Rituale und Masseninszenierungen.

- Ideologisch war die österreichische Sozialdemokratie der deutschen SPD dennoch nie vollständig auf ihrem reformistischen Kurs gefolgt, sie war ihrem Selbstverständnis nach immer pluralistischer – und verstand sich viel klarer in einer marxistischen Tradition als die meisten anderen Parteien der Zweiten Internationale. Die Einheit der Partei hatte als Wert geradezu religiösen Charakter, was nicht zufällig darin zum Ausdruck kam, dass der Hainfelder Einigungsparteitag in der Parteipublizistik häufig als „Betlehem“ der österreichischen Sozialdemokratie bezeichnet wurde.
- Anders als etwa in Deutschland blieb die Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit in Österreich einig. Die Kommunistische Partei blieb bis zur Errichtung des Austrofaschismus eine Marginalie. Weil die Linke aber nicht nur in der

Sozialdemokratie verblieb, sondern dort mit Kriegsende 1918 auch die Führung übernahm, bildete die österreichische Sozialdemokratie international den linken Rand der nichtkommunistischen Bewegungen.

Die Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit hat nachfolgende Generationen vor allem durch ihre reiche Theorieproduktion unter dem Sammelbegriff „Austromarxismus“ fasziniert. Sowohl programmatisch als auch organisatorisch stellte sie aber in mehrfacher Hinsicht eine kontinuierliche Fortsetzung der Organisationsarbeit vor 1914 dar. Als augenscheinlichste Neuerung ließe sich anführen, dass die österreichische Sozialdemokratie als einzige ihrer Art bewaffnet war. Sie verfügte mit dem Republikanischen Schutzbund über eine Streitmacht, die der revolutionären Rhetorik der Partei in den Augen von Freund und Feind starken Nachdruck verlieh. Man könnte auch sagen: In der zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung der 1920er Jahre versetzte die österreichische Sozialdemokratie weite Teile des bürgerlichen Milieus phasenweise in eine regelrechte Hysterie, was wiederum eine wichtige psychologische Erklärung für das erbarmungslose Vorgehen der Regierung Dollfuß 1933/34 sein würde.

Die sozialdemokratische Dominanz innerhalb des Staates ging ungeachtet des steten Organisationsausbaus bereits 1920 ihrem Ende entgegen. Als sich 1930 die Weltwirtschaftskrise mit Wucht bemerkbar zu machen begann, führte das zu einer Radikalisierung des

bürgerlichen Milieus, dem die Sozialdemokratie weitgehend hilflos gegenüberstand.

Die vorherrschende Interpretation, wonach die SDAPÖ in Summe bis etwa 1932 beständig an Stärke zugelegt hatte, wird den Organisationsrealitäten nicht in vollem Umfang gerecht. Denn einerseits war zwar die Partei fraglos in erheblichem Maße gewachsen, die Gewerkschaften hatten allerdings seit Beginn der 1920er Jahre durchgängig Mitglieder verloren. Hinzu kam, dass der Sozialdemokratie der Sprung von der Stadt aufs Land nicht gelungen war und sie ihr vorhandenes Wählerpotenzial bereits 1927 weitgehend ausgeschöpft hatte.

Während die Wiener Hochburg stagnierte, setzten an der Peripherie mit der Weltwirtschaftskrise Desintegrationsprozesse ein, die bis zur Errichtung der Diktatur Dollfuß' anhielten. Die Unfähigkeit, auf diese Zerfallserscheinungen angemessen zu reagieren, resultierte nicht zuletzt aus dem Umstand, dass die Sozialdemokratie durch einen oligarchischen Funktionärskader dominiert wurde, der ökonomisch von der Bewegung abhängig war und in dem die beiden wichtigsten Segmente, die während der Ersten Republik neu in die Partei geströmt waren, so gut wie keine Rolle spielten: Frauen und Junge.

Ungeachtet seiner kurzen und vergleichsweise erfolglosen Existenz hatte der Austrofaschismus entscheidende Auswirkungen auf das österreichische politische System der Zweiten Republik. Bereits in der Transformationsphase zwischen 1932 und 1934 brachen innerhalb der

Sozialdemokratie Widersprüche auf, die zuvor durch den gemeinsamen Erfolg verdeckt gewesen waren.

Taktisch ging das Zepter des Handelns nun eindeutig auf den „rechten“ Parteiflügel über, dessen Kurs sich die bisher dominante Führungsgruppe um Otto Bauer weitgehend widerstandslos beugte. Damit einhergehend nahm die Bedeutung der Wiener Landesorganisation innerparteilich erheblich ab. Als Folge dessen entstand innerparteilich erstmals Anfang der 1930er eine wahrnehmbare Linksopposition, die durch ihren Widerstand gekennzeichnet war, der Politik der bedingungslosen Verständigung Folge zu leisten. Den weiteren Verlauf prägte diese Linke zum einen dadurch, dass es vornehmlich ihre AnhängerInnen waren, die im Februar 1934 zu den Waffen griffen, zum anderen dadurch, dass viele Linke sich nach den Kämpfen der KPÖ anschlossen und diese dadurch kurzfristig über ihren Status als Politsekte hinauswuchs.

Was die Februarkämpfe betrifft, so erscheint angesichts von mehreren zehntausend an den Kämpfen beteiligten Personen die Bezeichnung „Bürgerkrieg“ durchaus angemessen. Das Land sah gleichwohl kein kämpfendes Proletariat, auch keine geschlossen vorgehende Sozialdemokratie, sondern die erbitterte Gegenwehr von Teilen der sozialdemokratischen Basis, die sich weigerten mit ihrer Parteiführung kampflos unterzugehen. Unter den FunktionärInnen hatten speziell die niederösterreichische Landesorganisationen, weite Teile der MandatarInnen und VertreterInnen der westlichen

Bundesländerorganisationen ein Losschlagen massiv abgelehnt, sich daran in keiner Weise beteiligt und sich davon auch im Gefolge scharf distanziert. Auch die Gruppe um Otto Bauer hatte den Aufstand nicht gewollt und keine nennenswerten Vorkehrungen getroffen, bekannte sich aber nach Ausbruch der Kämpfe zu ihm. Zusammenfassend ist die Geschichte des 12. Februar und der illegalen Partei 1934-38 ebenso wie die ihrer Thematisierung nach 1945 daher besonders unter dem Gesichtspunkt zu sehen, dass sowohl der Widerstand im Inland als auch die politische Arbeit im Exil a priori linke Agenden waren. Die Parteirechte hatte an beidem keinerlei Anteil; sofern sie überhaupt Aktivitäten erkennen ließ, standen diese im Widerspruch dazu.

Die Behauptung, der Widerstand ab 1934 sei tatsächlich von einer „Massenbewegung“ getragen gewesen, erscheint angesichts des realen Umfangs der illegalen Organisation stark überhöht. Der Untergrund war vornehmlich ein Projekt junger AktivistInnen und mittlerer FunktionärInnen, die in ihrer Mehrheit nicht aus Wien, sondern aus den Bundesländern stammten. Unter ihnen setzte sich rasch ein Kurs durch, der eine strikte Opposition gegenüber dem Regime verfocht und sich politisch deutlich links von der KPÖ bewegte. Die RS hielten eine auf Österreich beschränkte Überwindung des Austrofaschismus von unten für unrealistisch, ebenso Widerstand gegen die von ihnen frühzeitig erwartete deutsche Annexion. Stattdessen war ihre Perspektive ab etwa 1936 auf eine revolutionäre Situation im Gefolge eines neuerlichen Weltkrieges gerichtet.

Insgesamt betrachtet stießen die Revolutionären Sozialisten auf wenig Resonanz unter ehemaligen AnhängerInnen der SDAPÖ: Zweifellos galt ihnen von deren Seite eine gewisse Grundsympathie, die überwiegende Mehrheit der ehemaligen ParteiaktivistInnen war jedoch nicht bereit, die Gefahren der Illegalität auf sich zu nehmen, sondern verhielt sich passiv.

Eine wesentliche Auswirkung des Austrofaschismus auf die weitere Entwicklung der Partei war demnach, dass in der Illegalität de facto die Einheit der Partei zerbrach. Zugleich endete der Primat der Partei über die Gewerkschaften. In den Betrieben konkurrierten illegale Partei und Gewerkschaft um AktivistInnen und schlossen sich allenfalls dort zusammen, wo es gegen den gemeinsamen Gegner KPÖ ging. Zugleich waren die einstigen hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre aber die einzigen Vertreter der geschlagenen Sozialdemokratie, die über nennenswerte Gesprächskanäle in die Führungsetagen des Regimes verfügten, vor allem zu Repräsentanten der christlichen Arbeiterbewegung. Die Entfremdung zwischen Partei und Gewerkschaft im Untergrund ging auf diese Weise einher mit einer Annäherung zwischen sozialdemokratischen und konservativen Gewerkschaftsfunktionären. Es erscheint durchaus nicht zu weit hergeholt anzunehmen, dass sich im Austrofaschismus über die Parteigrenzen hinweg die entscheidenden Personenkonstellationen bildeten, die im April 1945 den ÖGB als eine der wenigen Einheitsgewerkschaften der westlichen Hemisphäre aus der Taufe hoben.

Unmittelbar vor dem „Anschluss“ 1938 liquidierten die RS in Erwartung der NS-Verfolgung ihre Strukturen so weit als möglich. Die KPÖ gab derweil die Losung aus, den Widerstand fortzusetzen. Die Zahl der kommunistischen Opfer des NS-Regimes übertraf infolge dieser Entscheidung die aller anderen oppositionellen Gruppen bei Weitem und hatte die Ermordung großer Teile der im Land verbliebenen Funktionärsschicht zur Folge. Diejenigen SozialdemokratInnen, die ihren Widerstand fortsetzten, taten das überwiegend in den Reihen der KPÖ und hatten ähnliche Folgen zu gewärtigen. Der rechte Parteiflügel der einstigen SDAPÖ verhielt sich gegenüber den neuen Machthabern passiv bis opportunistisch. Sofern seine RepräsentantInnen nicht Opfer rassistischer Verfolgung wurden, gelang es den meisten von ihnen, die NS-Ära relativ unbeschadet zu überleben. Die Parteilinke war demgegenüber von der politischen und rassistischen Verfolgung durch den Nationalsozialismus wesentlich stärker betroffen. Nahezu alle ihrer ehemaligen Führungsfiguren waren 1945 entweder tot oder im Exil.

Ein Neubeginn? Die SPÖ 1945-1949

Als sich am 12. April 1945 Josef Afritsch, Karl Honay, Hilde Krones, Adolf Schärf, Felix Slavik, und Johannes Thaller im Wiener Rathaus gegenüber saßen, beantworteten sie alleine durch ihre Anwesenheit zwei zentrale Fragen für die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung in Österreich. Man war gekommen, um die Sozialdemokratie neu zu konstituieren, und es saßen keine

KommunistInnen am Tisch: Hier wurde also offensichtlich keine Einheitspartei der Arbeiterbewegung gegründet. Gleichzeitig anerkannten einander ehemalige Revolutionäre SozialistInnen wie Afritsch und Slavik und Repräsentanten des einstigen rechten Parteiestablishments wie Schärf und Honay als legitime Erben der Sozialdemokratie vor 1934. Das war keineswegs selbstverständlich: Unter den ehemaligen WiderständlerInnen standen Karl Renner und seine Verbündeten wegen Weigerung, den Widerstand aktiv zu unterstützen und ihrer opportunistischen Haltung 1938 in keinem hohen Ansehen. Umgekehrt war den Rechten schon der Kurs Otto Bauers zu links gewesen, umso mehr hatten sie dem abermaligen Linksschwenk der RSlerInnen ablehnend gegenüber gestanden. Besonders kritisch sah der Kreis um Renner und Schärf die von VertreterInnen der RS 1945 geforderte Kooperation mit der KPÖ anstatt einer Koalition mit der ÖVP. Dass 1945 beide Gruppierungen gemeinsam die Sozialdemokratie neu begründeten, war also in gewisser Weise doch eine Einigung der Arbeiterbewegung, wenngleich – in Anlehnung an Bismarck – eine kleine.

Im Zuge weiterer Treffen in der bereits erwähnten Konfiguration wurde am 14. April 1945 die *Sozialistische Partei Österreichs (Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten)* gegründet und ein provisorischer Parteivorstand bestimmt, den – in Unkenntnis der tatsächlichen Stärkeverhältnisse – alte Sozialdemokraten und RS paritätisch beschickten. Provisorischer Vorsitzender wurde Adolf

Schärf, das Parteisekretariat war mit Slavik und Afritsch zunächst fest in der Hand der RS.

Über den Sommer 1945 änderte sich die anfängliche Personenkonstellation: Seitz kehrte im Juni 1945 aus dem KZ zurück und ersetzte nun Schärf als Parteivorsitzenden – dieser wurde erster, Oskar Helmer zweiter Stellvertreter. Das Sekretariat wurde umbesetzt, dem RS Erwin Scharf wurde ein Vertrauter der Rechten, Franz Popp, zur Seite gestellt, wobei Scharf als Verantwortlicher für die Öffentlichkeitsarbeit der Partei auch nach wie vor entscheidenden Einfluss auf die politische Positionierung der SPÖ hatte.

Organisationsstruktur im Wandel

Bis zu ihrem Verbot 1934 war die Sozialdemokratie die erste Mitgliederpartei modernen Zuschnitts gewesen und hatte über ein weit verzweigtes System von Partei- und Vorfeldorganisationen verfügt.

Im Jahr 1930 waren österreichweit fast die Hälfte aller WählerInnen (47,3 Prozent) der SDAPÖ auch in dieser organisiert, in Wien in einem deutlich höheren Ausmaß als im Rest des Landes: 60 Prozent der Parteimitglieder lebten in der Bundeshauptstadt. Bemerkenswert war auch die altersmäßige Schichtung der Parteimitglieder in der Ersten Republik: 1930 waren 56 Prozent der Parteimitglieder in Wien zwischen zwanzig und vierzig Jahre alt, während ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung lediglich bei 37 Prozent lag. Die Sozialdemokratie war damit eine ausgesprochen junge Partei gewesen. Jung – und proletarisch: Mehr als die Hälfte der Mitglieder 1929 waren ArbeiterInnen (51,20 %), ein Fünftel Angestellte (20,40 %).

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde versucht, strukturell dort anzuknüpfen, wo man 1934 hatte aufhören müssen, allerdings kam es von Beginn an zu einigen entscheidenden Verschiebungen.

Das auf dem Parteitag 1945 beschlossene Organisationsstatut baute zwar auf jenem von 1926 auf, sah aber eine stärkere Föderalisierung der Partei vor, was faktisch einen empfindlichen Machtverlust der linken Wiener zugunsten der restlichen, politisch durchwegs konservativeren Landesorganisationen bedeutete. Dieser Machtverlust der Linken zeigt sich etwa am Umgang mit ehemaligen NSDAP-Mitgliedern: Deren Anteil unter Funktionären bzw. Mandataren der Partei erreichte einer Studie von Maria Mesner zufolge in den 1950ern bundesweit etwa zehn Prozent. Allerdings mit starken regionalen Schwankungen. In Wien scheiterten nationalsozialistisch Vorbelastete in ihrer überwiegenden Mehrheit schon an der Aufnahme in die Partei, während sie im Westen rasch aufgenommen wurden und sich dann auch bald in wichtigen Positionen wiederfanden. Aufgrund der niedrigeren Gesamtmitgliederzahl der westlichen und südlichen Landesorganisationen machten ehemalige Nazis hier auch deutlich mehr als zehn Prozent der FunktionärInnen und MandatarInnen aus.

Sowohl was die Zahl der Mitglieder als auch den Wiederaufbau des Organisationsapparates betraf, konnte die SPÖ nach 1945 erstaunlich schnell wieder zur präfaschistischen Ära aufschließen. Shell schätzt, dass der Umfang des Parteiapparates im engeren Sinne, also der Angestellten von Partei und parteieigenen Unternehmungen, bald

wieder in etwa dem Stand von 1934 entsprach. Auch die Mitglieder- und Funktionärszahl hatte bereits 1948 fast wieder das Niveau von 1932 erreicht. Doch gerade hier sind markante Unterschiede feststellbar, vornehmlich auf drei Ebenen: Lokale Streuung, Alter und soziale Schichtung sowie die Dauer der Mitgliedschaft.

Die SPÖ-Wien, verlor gegenüber der Zwischenkriegszeit dramatisch an Mitgliedern – bis 1949 war gut eine Viertelmillion GenossInnen gewonnen worden, das entsprach nur etwa zwei Drittel der Anhängerschaft von 1929. Im selben Zeitraum waren die Landesorganisationen gemessen an ihrem Mitgliederstand Anfang der 1930er Jahre allesamt gewachsen.

Als Interessenvertretung benachteiligter, bildungsferner Schichten war der Mangel an AkademikerInnen und Organisationsfachleuten in der Sozialdemokratie bereits vor 1934 spürbar gewesen. Durch die Verfolgungs-, Vertreibungs- und Mordpolitik zwischen 1938 und 1945 wurde überproportional die sozialdemokratische Intelligenz getroffen, die stark jüdisch geprägt gewesen war. Sofern sich die betroffenen GenossInnen ins Ausland hatten retten können, hatte die dereinst im Land verbliebene neue Parteiführung nach dem Krieg kein Interesse daran, sie zurückzuholen – einerseits, weil die ExilantInnen mehrheitlich dem linken Parteiflügel zuzurechnen waren und dessen Zurückdrängung das erklärte Ziel der Gruppe um Schärf und Helmer war. Andererseits, weil sie eine unliebsame Konkurrenz bei der Neuverteilung von Posten darstellten. Ein nicht zu unterschätzendes

Motiv war außerdem sicherlich der in Teilen der Partei latent vorhandene Antisemitismus und die Angst vor einer antisemitischen Agitation der ÖVP, die erneut versuchen könnte der SPÖ den Stempel der „Judenpartei“ aufzudrücken.

Der entstehende Bedarf an qualifiziertem Personal prädestinierte abseits von „unabhängigen“ Geistern geradezu einen Teil des vormals deutschnationalen Milieus. Gleichzeitig bot sich auch eine Möglichkeit zur raschen Reintegration von „Gefallenen“ der eigenen Bewegung, also für ehemalige SozialdemokratInnen, die nach 1938 ins NS-Lager gewechselt waren. Wo beiden Gruppen nun seitens der SPÖ eine verständnisvolle Haltung zuteilwurde (insbesondere in West- und Südösterreich), strömten sie in die Partei. Wer, wie die Wiener Organisation, den ehemaligen Nazis gegenüber eine konsequente Haltung einnahm, bezahlte dafür einen hohen Preis in Form eines vergleichsweise eher bescheidenen Mitgliederstandes und verhältnismäßig schlechter Wahlergebnisse.

Mit dieser Entwicklung ging nicht nur ein tiefgreifender inhaltlicher, sondern auch ein sozialer Wandel einher: der Anteil von ArbeiterInnen sank empfindlich, während der von Angestellten stark zunahm. Im Hinblick darauf, was es bedeutete SozialdemokratIn zu sein, kam es in der Folge zu einer tiefgreifenden Entfremdung, zwischen denjenigen, die vor 1934 in der Partei aktiv gewesen waren und den Neumitgliedern. Das zeigte sich etwa in der parteiinternen Bildungsarbeit, die fest in der Hand der „alten“ SozialdemokratInnen war. Sie sahen ihre Aufgabe wie gehabt in der ideologischen

Homogenisierung der Partei, ihr Bildungsangebot, das in den 1920ern Massen erreicht hatte, erfreute sich nach 1945 aber nur sehr begrenzten Zuspruchs. Die neue Parteibasis war deutlich weniger politisiert, dadurch aber auch weniger aktivierbar als jene der Ersten Republik.

Koalitions gesinnung und Tagespolitische Notwendigkeit

Die Koalition mit der ÖVP, die Karl Renner zunächst ohne Rückendeckung der erst in Gründung befindlichen SPÖ paktiert hatte, wurde von einer durch die prekäre Lage diktierten Ausnahme bald zu einer auf längere Dauer angelegtes, von striktem Proporz geprägtes System von Checks and Balances im Staatsapparat, in den staatsnahen Bereich sowie in den Sozialversicherungsträgern.

Während auf Ebene der mittleren FunktionärInnen und einfachen Mitglieder die Animositäten der politischen Lager der Zwischenkriegszeit eine Fortsetzung fanden, verhielten sich die Eliten beider Großparteien untereinander weitgehend konsensual und war besonders die SPÖ bereit, für das gute Einvernehmen mit der ÖVP auch erhebliche Zugeständnisse in Kauf zu nehmen.

So verweigerte die SPÖ ihrer einstigen antiklerikalen Vorfeldorganisation, dem Freidenkerbund, nach 1945 jede Unterstützung beim Wiederaufbau seiner Strukturen und reagierte auch nicht, als die katholische Kirche ihre 1945 verkündete Position der politischen Abstinenz vier Jahre später revidierte. Desgleichen

machte die SPÖ eines ihrer zentralen Reformprojekte – die große Schulreform – bewusst nie zur Koalitionsbedingung.

Der Kampf gegen die innerparteiliche Linke

Die innerparteiliche Machtaufteilung zwischen „Alten“ und „Jungen“ (so die parteiinternen Synonyme für Rechte und Linke) sah zunächst die Parteistrukturen als Domäne der Linken, die öffentlichen Ämter als Terrain der Rechten vor. Trotz dieser guten Ausgangslage gerieten die RS relativ rasch in die Defensive. Grund dafür war einerseits, dass die Linken über viel weniger Erfahrung und taktische Raffinesse verfügten als die geeichten Technokraten vom Schlage Schärfs oder Helmers.

Die Wahlen am 25. November 1945, bei denen die ÖVP die absolute Mehrheit nur knapp verfehlte und sich die SPÖ deutlich abgeschlagen auf dem Zweiten Platz wiederfand, bedeutete die erste große Zäsur für die linken Kräfte innerhalb der Partei. Zwei ihrer Kernforderungen, sowohl die harte Haltung in der NS-Frage als auch der Wunsch nach einer engeren Kooperation mit der KPÖ, waren von den WählerInnen abgestraft worden, schien es. Gewonnen hatte die Wahlen die ÖVP, die sich gegenüber den „Ehemaligen“ äußerst kulant gebärdete und die außerdem in ihrer Wahlwerbung die SPÖ als „Russenpartei“ dargestellt hatte, was, so lautete der unterschwellige Vorwurf der Parteiführung, angesichts der Haltung mancher RS tatsächlich schwer in Abrede zu stellen gewesen sei. Das schwache Abschneiden der KPÖ disqualifizierte diese außerdem als gewichtigen Bündnispartner in bevorstehenden politischen Auseinandersetzungen.

Die Folge war eine dauerhafte politische und strukturelle Schwächung der Linken, die auf dem Parteitag im Dezember selben Jahres auch in den Führungsgremien der Partei deutlich zurückgedrängt wurden. Vor dem Parteitag 1947 schien es noch einmal so, als ob es den Linken in der Partei vielleicht noch einmal gelänge Einfluss geltend zu machen. Ihre organisatorische Basis waren einige Wiener Bezirksorganisationen (vor allem Döbling und Ottakring), Teile der SJ, den VSSTÖ und der eben erst gegründeten Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer. Es handelte sich somit im Wesentlichen um ehemalige Wiener RSlerInnen und JungfunktionärInnen, die über keinerlei Verbindungen in die Betriebe, in relevante Teile der Gewerkschaft oder auch nur in die SP-Bundesländerorganisationen verfügten. Dennoch sorgten die linken Delegierten auf dem Parteitag mit ihrer „Resolution der 44“ für erhebliche Aufregung unter ihren GegnerInnen. Diese an sich zwar kritische, in ihrer Stoßrichtung aber relativ harmlose Resolution zur politischen Lage forderte in allgemeiner Form sozialistische Konturen in der Regierungspolitik und eine deutlichere Abgrenzung vom Koalitionspartner ein. Sie wurde auf dem Parteitag 1947 ohne vorherige Kenntnisnahme durch die Parteiführung oder ein anderes Gremium verteilt und schließlich von 44 Delegierten unterschrieben.

Obwohl sie mit überwältigender Mehrheit niedergestimmt wurde und somit als linke Minderheitenfeststellung interpretierbar war, besiegelte sie das politische Schicksal des Zentralsekretärs Erwin Scharf und löste ein regelrechtes Kesseltreiben gegen all jene aus, die verdächtigt

wurden, mit ihm zu sympathisieren. Die Ursache für diese harte Reaktion kann letztlich nur darin gesehen werden, dass die Parteiführung sich der Schwäche ihrer GegnerInnen zwar wohl bewusst war, ihnen aber offenkundig längerfristig die Potenz zutraute, die bisherige politische Linie der Partei ernsthaft zu gefährden oder zumindest empfindlich zu stören. In weiterer Folge verlor die Parteilinke ihre prominentesten Köpfe: Erwin Scharf wurde aus der Partei ausgeschlossen, Hilde Krones beging Selbstmord, Otto Leichter verließ das Land in Richtung USA. Die in der Partei verbliebenen Linken hatten aus Selbstschutzgründen schon davor von jeder kollektiven Aktivität Abstand genommen und beschränkten sich auf theoretische Arbeiten und Schulungstätigkeiten. In dieser Nische, als „Bildungsferdln und Berufsantifaschisten“, wie sie Hugo Pepper selbstironisch nannte, waren (und sind) sie denn auch wohlgekommen.

Vor diesem ganzen Hintergrund war es geradezu eine Ironie der Geschichte, dass es Bruno Kreisky als einem der ganz wenigen prominenten linken Exilanten mit Hilfe der alten Rechten Ernst Koref und Theodor Körner zunächst gelang nach Österreich zurück zu kehren; Dass dem aus jüdischem Elternhaus stammenden Intellektuellen Kreisky in weiterer Folge aber nicht die linke Wiener Landesorganisation offen stand, sondern ausgerechnet die rechte niederösterreichische Partei des Antisemiten Oskar Helmer. Und dass ausgerechnet diese politische Ausnahmeerscheinung es 1966 auch noch schaffte, in der bisher einzigen Kampf Abstimmung um einen SPÖ-Vorsitz tatsächlich an die Spitze der Bewegung zu treten.

Andererseits ist das vielleicht auch einfach jene Verschränkung von Gegensätzen, die als Erklärung heranzuziehen Karl Marx riet, wenn man etwas partout nicht erklären könne: sich doch einfach „mit etwas Dialektik zu behelfen“.